

Nr. XIX. GP-NR
773 /J
1995 -03- 17

ANFRAGE

der Abg. Lafer, Rossmann, DI. Schögl, Dr. Grollitsch an den Bundesminister für Inneres betreffend Entschädigungsansprüche gegenüber der Republik Österreich.

Einem Pressebericht Anfang Feber 1995 ist zu entnehmen, daß zwei Polizisten in der Nähe von Linz vor drei Jahren während des Dienstes schwere Verletzungen erlitten haben und bis heute an deren Spätfolgen leiden. Die Polizisten haben an die Republik Österreich Schmerzensgeld- und Entschädigungsansprüche in der Höhe von je 500.000 Schillingen gestellt. In erster Instanz wurde den Klägern recht gegeben, jedoch legte die Finanzprokurator mit der Begründung, die Beamten hätten eine Mitschuld am Geschehen zu tragen, Berufung ein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Innenminister folgende

Anfrage

1. Kennen Sie den Vorfall ?
2. Erscheinen Ihnen die Forderungen der betroffenen Beamten gerechtfertigt ?
3. Werden Sie Maßnahmen ergreifen, um den betroffenen Beamten ihr Recht möglichst rasch zukommen zu lassen ?
4. Wann können die Beamten mit der Abgeltung ihrer Ansprüche rechnen ?